

Ein Urteil, das vor der Geschichte nicht bestehen wird!

Botschafter von Ribbentrop legt in aller Form Verwahrung gegen den Ratsbeschluss ein

London, 19. März. Der Völkerbundsrat hat am heutigen Donnerstagnachmittag in der öffentlichen Sitzung den von Belgien und Frankreich eingebrachten Entschließungsentwurf über die Verletzung des Vertrages von Locarno bei Stimmenthaltung Chiles und in Abwesenheit Ecuador's sowie gegen die Stimme des deutschen Vertreters angenommen.

Chile enthielt sich der Stimme mit der Begründung, daß in der vorgelegten Entschließung eine enge Verbindung zwischen dem Vertrag von Versailles, dessen Verletzung Chile nicht anerkenne, und dem Locarnovertrag, dessen Verletzung bestritten sei, bestehe.

Der Ratspräsident stellte fest, daß die Entschließung einstimmig mit einer Stimmenthaltung und einem Nein, das als Stimme einer von Locarno garantierten Macht nicht zähle, angenommen sei. Zu den Stimmen der Garanten und der Garantierten von Locarno wurde festgestellt, daß diese abgestimmt hätten, ihre Stimmen aber nicht zählten.

Botschafter von Ribbentrop gab nach der Feststellung des Abstimmungsergebnisses folgende Erklärung ab:

Die deutsche Regierung lehnt die soeben beschlossene Resolution aus tiefster Ueberzeugung ab und muß hiergegen in aller Form Verwahrung einlegen. Nicht Deutschland hat den Locarnovertrag zum Erlöschen gebracht, sondern Frankreich durch den Abschluß des französisch-russischen Militärbündnisses. Der deutsche Schritt vom 7. März — die Wiederherstellung der vollen Souveränität in seinem eigenen Gebiet, dieses primitiven Recht eines Volkes zur Verteidigung seiner Grenzen — war ausschließlich die Konsequenz dieser französischen Handlungsweise. Ich habe heute vormittag eingehend eine umfassende Darstellung des deutschen Rechts- und politischen Standpunktes gegeben, und ich denke, daß, wenn die Herren Ratsmitglieder mehr Zeit gehabt hätten, diese Darstellung zu würdigen, sie zweifellos zu einer anderen Entschließung gekommen wären. Die deutsche Regierung und mit ihr das gesamte deutsche Volk haben die heilige Ueberzeugung, daß die soeben angenommene Ratsentscheidung vor dem Urteil der Geschichte nicht bestehen wird.

Dann gab der französische Außenminister Lyautey eine kurze Erklärung ab, in der er sagte, daß das Recht nicht einseitig bestimmt werden könne und daß Frankreich von Anfang an bereit gewesen sei, die Angelegenheit dem Haager Gerichtshof zu unterbreiten.

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen. Der Rat hält morgen nachmittag eine nichtöffentliche Sitzung ab und wird außerdem als Dreizehnerauschuß gleichfalls morgen nachmittag den italienisch-belgischen Streitfall prüfen.

Der Wortlaut des belgisch-französischen Entschließungsentwurfs.

London, 19. März. Der Wortlaut des Entschließungsentwurfs, der heute nachmittag dem Völkerbundsrat zur Abstimmung vorgelegt wurde, lautete:

Resolution der Locarnomächte an den Völkerbund.

Der Resolutionsentwurf, der dem Völkerbund vorgelegt werden soll, hat folgenden Wortlaut:

I. Der Rat, eingedenk dessen, daß er selbst ebenso wie die Völkerbundsversammlung bei verschiedenen Gelegenheiten die Bedeutung der Locarnoverträge vom Standpunkt der Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit anerkannt hat:

in der Erwägung

1. daß die genaue Beachtung aller Vertragsverpflichtungen ein Fundamentprinzip des internationalen Lebens und eine wesentliche Bedingung für die Aufrechterhaltung des Friedens ist;

2. daß es ein wesentliches Grundgesetz des Völkerrechtes ist, daß keine Macht sich selbst von vertraglichen Verpflichtungen befreie und auch nicht die Bestimmungen eines solchen Vertrages ohne Zustimmung der anderen Vertragspartner abändern kann;

3. daß der Bruch von Artikel 43 des Versailler Vertrages und die einseitige Handlung, welche die deutsche Regierung in Verletzung des Locarnovertrages, ohne Anrufung der im Vertrag von Locarno zur Regelung von Streitigkeiten festgelegten Prozedur vorgenommen hat, mit diesen Grundgesetzen im Widerspruch steht; ist der Auffassung, daß

1. die deutsche Regierung durch diese einseitige Handlung sich keine legalen Rechte erworben hat;

2. daß diese einseitige Handlung dadurch, daß sie ein neues Element der Unruhe in die internationale Lage einführt, notwendigerweise als eine Bedrohung der europäischen Sicherheit erscheinen muß;

beauftragt ein Komitee, zusammengesetzt aus ... mit der Aufgabe, dem Rat Vorschläge hinsichtlich der den Völkerbundmitgliedern zu empfehlenden praktischen Maßnahmen zu machen.

II. In der Erwägung,

daß die deutsche Regierung geltend gemacht hat, daß der französisch-sowjetrussische Unterstützungsvertrag, mit dem Vertrag von Locarno unvereinbar ist, und daß infolge dieser Unvereinbarkeit die deutsche Regierung nicht nur berechtigt war den Vertrag von Locarno zu kündigen, sondern auch deutsche Truppen in die demilitarisierte Zone zu entsenden;

daß auf diese Weise eine Rechtsfrage ausgemworfen worden ist, welche zweckmäßigerweise dem Ständigen Internationalen Gerichtshof vorzulegen wäre, wenn die beteiligten Mächte sich bereit erklärten, sich der Entscheidung des Gerichtshofes zu unterwerfen, was die französische Regierung ihrerseits bereits zugestanden hat;

fordert der Rat die deutsche Regierung auf, dem Ständigen Internationalen Gerichtshof die bezeichnete Frage unter den vorstehend erwähnten Bedingungen vorzulegen und ihn zu ersuchen, seine Entscheidung so bald wie möglich zu geben, wobei als ausgemacht gilt, daß die Parteien sich sofort der Entscheidung des Gerichtshofes unterwerfen werden.

„Auf Grund des am 8. März erfolgten Erschensens Belgiens und Frankreichs befindet der Völkerbundsrat, daß die deutsche Regierung einen Bruch des Artikels 43 des Versailler Vertrages beging, indem sie am 7. März 1936 vorantrieb, daß militärische Streitkräfte in die demilitarisierte Zone einmarchierten und sich dort festlegten, eine Maßnahme, auf die sich der Artikel 43 und die nachfolgenden Artikel des Versailler Vertrages und des Vertrages von Locarno beziehen. Der Völkerbundsrat beauftragt den Generalsekretär, unter Bezugnahme auf Artikel 4, Absatz 2 des Locarnovertrages, über diesen Befund des Völkerbundsrates ohne Verzögerung die Signalmächte dieses Vertrages zu verständigen.“

Reuter über den vorläufigen Entscheid der Locarnomächte.

London, 20. März. Ueber die unter den Locarnomächten zustandgekommene vorläufige Vereinbarung berichtet Reuter, daß unter anderem eine internationale Konferenz vorgezogen sei, auf der die deutschen Friedensvorschlüsse erörtert werden sollen, und zwar einschließlich 1. des mitteleuropäischen Problems, 2. der Abrüstung und 3. wirtschaftlicher Fragen.

Ferner wird vorgeschlagen, dem Völkerbundsrat wahrscheinlich schon in der nächsten Woche eine Reihe von Entschließungen vorzulegen. Eine dieser Entschließungen fordert eine ernste Bestätigung der Heiligkeit der Verträge, eine andere die Ueberweisung des französisch-sowjetrussischen Paktes an den Haager Gerichtshof. Eine dritte Entschließung ersucht den Völkerbundsrat, Kenntnis zu nehmen von den verschiedenen anderen Vorschlägen, die in der Vereinbarung enthalten sind.

„Free Association“ meldet hierzu im einzelnen, daß Frankreich seine Forderung auf Zurückziehung der deutschen Truppen aus dem Rheinland als Bedingung für Verhandlungen fallen gelassen habe. Deutschland werde eingeladen werden, seine These, daß der französisch-sowjetrussische Pakt eine Verletzung des Locarnovertrages sei, dem Haager Gerichtshof vorzulegen. Wenn die Verhandlungsbedingungen in der schwierigen Zwischenzeit verwirklicht werden sollten, sei es notwendig, daß alle Parteien zur Stabilisierung der Lage beitragen würden. Was die internationale Konferenz zur Erörterung der deutschen Vorschläge angeht, so hätten sowohl die französischen als auch die belgischen Vertreter dieser Absicht zugestimmt.

Man sei aber der Ansicht, daß eine befriedigende Regelung der Lage nicht herbeigeführt werden könne, falls man nicht auch die Aufgabe, eine Rüstungsbegrenzung herbeizuführen, in Angriff nehme. Schließlich müsse auch das wirtschaftliche Problem erwogen werden.

Als Zeitpunkt für die Abhaltung der internationalen Konferenz wird schätzungsweise Ende Mai angegeben, da noch zahlreiche Vorarbeiten geleistet werden müßten. Dabei würden sämtliche Vorschläge Hitlers zur Beratung kommen.

III. In der Erwägung,

daß die einseitige Handlung Deutschlands notwendigerweise als eine Bedrohung des europäischen Friedens erschien und daß sie infolgedessen — ohne die Anwendung der Artikel 1 und 4 des Locarnovertrages zu präjudizieren — von Seiten der Mitglieder des Völkerbundes in Anwendung des Artikels 11 der Völkerbundscharta und in Uebereinstimmung mit diesem Artikel den Beschluß zu jedem Schritt herbeizuführen geeignet ist, der weise und wirksam zur Erhaltung des Friedens der Völker erscheinen kann,

nimmt der Rat Kenntnis von

1. der Erklärung, die im Namen von Belgien, Frankreich, dem Vereinigten Königreich und Italien abgegeben worden ist hinsichtlich des Inkrassbleibens der Rechte und Verpflichtungen aus dem Locarnovertrag, soweit diese Mächte in Frage kommen;

2. der Mitteilung, die ihm durch die Regierung von Belgien, Frankreich, dem Vereinigten Königreich und Italien über die Maßnahmen gemacht worden ist, die im Hinblick auf die Lage, die durch die Verletzung der im Artikel 42 des Versailler Vertrages definierten Zone entstanden ist, erwogen werden.

Die Vertreter des Vereinigten Königreichs und Italiens beabsichtigen, folgendes Schreiben an die Vertreter Belgiens und Frankreichs zu richten:

Im Augenblick, wo die Vertreter von Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien sich eben, wie in der heutigen Vereinbarung vorgezogen, auf eine gemeinsame Linie ihrer Regierungen geeinigt haben, bin ich ermächtigt, Ihnen die offizielle Versicherung zu geben, daß die Regierung Seiner Majestät, wenn die Bemühungen zur Versöhnung, die in der oben genannten Vereinbarung versucht wird, misslingen sollte:

1. a) sogleich in Beratung mit Ihrer und der französischen (belgischen) Regierung die Schritte erwägen wird, um der neuen, so beschaffenen Situation zu begegnen;

b) unverzüglich in Uebereinstimmung mit dem Locarnovertrag Ihrer Regierung zu Hilfe kommen wird, hinsichtlich jeder Maßnahme, die gemeinsam beschlossen wird;

c) als Gegenleistung für die entsprechende Versicherung Ihrer Regierung in Konsultation mit Ihrer Regierung alle praktischen Maßnahmen ergreifen wird, die Seiner Majestät Regierung zu Gebote stehen, um die Sicherheit Ihres Landes gegen einen nichtprovokierten Angriff zu gewährleisten;

d) zu diesem Zweck den Kontakt zwischen dem Generalsekretär unserer beiden Länder, der im § III, 2. der genannten Vereinbarung vorgezogen ist, herstellen bzw. fortsetzen (1) wird;

2. und weiterhin auch in Zukunft im Völkerbundsrat sich bemühen wird, die Formulierung aller nützlichen Empfehlungen zur Aufrechterhaltung des Friedens und des Respektes für das Völkerrecht durch den letzteren sicherzustellen.

Zahlen des Aufstiegs.

Der Bauer kaufte — der Binnenmarkt gekräftigt!

Wer die Erfolge einer dreijährigen nationalsozialistischen Aufbauarbeit ermeilen will, der mag sich überlegen, wie es dem Bauern heute geht und wie es im Jahre 1933 um die Landwirtschaft stand. Es gelang dem Reichslandbau, die Verkaufserlöse der Landwirtschaft, die im Wirtschaftsjahr 1932/33 nur noch 6,4 Milliarden Reichsmark trugen hatten, im Erntejahr 1934/35 auf rund 8,2 Milliarden zu erhöhen. Davon hatte auch die gewerbliche Wirtschaft nicht unerheblichen Vorteil, weil in der gleichen Zeit die Betriebsausgaben der Bauern und Landwirte von 1,5 auf 6,6 Milliarden stiegen. Darüber hinaus entfaltete der Bauer aus den Betriebsüberschüssen eine gegen 1932 verdoppelte Nachfrage in Höhe von etwa 3 Milliarden, wovon er nicht diese Gelder zur Schuldentilgung oder zur Bildung von Rücklagen verwandte. So hat die Bauernpolitik des Nationalsozialismus nicht nur die deutsche Landwirtschaft wieder lebensfähig gemacht, sondern auch den deutschen Binnenmarkt wesentlich gekräftigt. Zum Beispiel hat die Landwirtschaft 1932 nur für 80, 1935 dagegen für 200 Millionen Reichsmark Landmaschinen gekauft.

Ausländische Pressestimmen.

Die „Times“ schreibt, Deutschland habe die Gelegenheit zu benutzen, die ihm nunmehr geboten worden sei. Die Verteidigungsvorgänge der deutschen Regierung durch den deutschen Vertreter mache es leichter für ihn zu erinnern, daß Friede und nichts anderes das Ziel aller dieser Zusammenkünfte und der dort zu erörternden Verträge sei. In der Rede des Botschafters von Ribbentrop erklärt das Reich, daß diese Darlegung nicht eine Herausforderung des Völkerrechts, sondern eine Feststellung gewesen sei, daß der Locarnovertrag durch den französisch-russischen Pakt zerstört sei.

Die „Morningpost“ schreibt zunächst, Botschafter von Ribbentrop habe es klar gemacht, daß Deutschland die Ratsentscheidung, in der es wegen einer Verletzung des Locarnovertrages verurteilt worden sei, glatt ablehne. Das Blatt sieht, wenn Deutschland diese Stellungnahme behalte, keine Möglichkeit, zu einer Vereinbarung auf der von den Locarnomächten geplanten Grundlage zu kommen, es sei denn, daß Frankreich auf den Vertrag mit Sowjetrußland verzichte. Es sei offensichtlich, daß die Mächte keine Schritte gegen die Wiederbesetzung des Rheinlandes unternehmen können. Für England bestehe die praktische Frage, wo keine Sicherheit liege. Ein Erfordernis sei die engere Verständigung Englands, und ein zweites die engere Verständigung mit denjenigen Mächten, die die Sache vertreten.

Wassermassen durchrafen das Land

Neue Gebiete heimgesucht.

Newport, 20. März. Das Hochwasser in den Oststaaten hat eine Höhe erreicht, die jeden bisher bekannten Wasserstand bei ähnlichen Katastrophen weit übersteigt.

Die Wassermassen in den Strom, Fluß- und Bachbetten raufen mit unheimlicher Geschwindigkeit ihren Weg und breiten das ganze Land.

So sind am Donnerstag ausgebreitete neue Gebiete von der Katastrophe heimgesucht worden. Zahlreiche weitere Städte werden von dem Hochwasser bedroht.

Eine am Donnerstagabend veröffentlichte Aufzählung ergibt, daß bei den Ueberschwemmungen in den Oststaaten bisher weitgehend 133 Menschen ums Leben gekommen sind, davon 90 in Pennsylvania und 43 in Westvirginien. Die Gesamtzahl der Obdachlosen im Ueberschwemmungsgebiet beträgt, soweit man es bis jetzt abschätzen kann, etwa 300 000. Hieron entfallen etwa 100 000 allein auf den Westen von Pennsylvania.

Der Wasserstand in Johnstown und im Pittsburg geht zwar zurück, aber die Ohio ist noch steil ansteigend. Zahlreiche Städte an den Ufern des Ohio unter Wasser gesetzt.

Viele der übersuteten Städte sind ohne Gas, Licht, Sie sind ohne Trinkwasser. Die Gefahr des Ausbruchs von Seuchen ist groß. Im Geschäftsviertel Wheeling, das in Westvirginien liegt, stehen die Häuser bis zu einer Höhe von drei Metern im Wasser. In den Häusern in anderen Stadtteilen reicht das Wasser bis zu einer Höhe von 5,5 Metern. Der Susquehanna hat einen Wasserstand von 9 Metern erreicht und steigt noch an.

Harrisburg, die Hauptstadt Pennsylvania's, vollkommen übersutet. In allen Ueberschwemmungsgebieten räumen die Einwohner ihre Häuser und Nebenbauten in höher gelegenen Geländepunkte. In allen bedrohten Gebieten arbeiten Tausende sieberhaft an der Herstellung von Schutzdämmen. In den meisten der vom Hochwasser heimgesuchten Staaten ist die Nationalgarde zur Aufrechterhaltung und zur Bewachung der geräumten Häuser geleht.

Die reichenden Wasser des Connecticut bedrohen Hartford, die Hauptstadt Connecticut's. Auch das Flußgebiet Delaware ist völlig überschwemmt. Teile Trentons, Hauptstadt von New-Jersey, stehen ebenfalls unter Wasser.

Langsamer Rückgang der Fluten.

Newport, 20. März. Das Hochwasser in den nordamerikanischen Ueberschwemmungsgebieten geht langsam zurück, nachdem die Regengüsse infolge des Temperaturrückgangs in Schneefälle übergegangen sind. Die Zahl der Toten wird jetzt mit 163 angegeben. Der Schaden wird auf 250 Millionen Dollar geschätzt, von denen der größte nicht durch Versicherung gedeckt ist. Lediglich die Fabrik der New-England-Staaten steigen weiter. Zahlreiche Fabriken, deren Maschinen durch die Wasserfluten zerstört wurden, haben den Betrieb eingestellt. In Harrisburg sind rund 75 000 Arbeiter arbeitslos geworden. Als obdachlos wurden 150 000 Personen gezählt. Rund 100 Brücken und Dämme, darunter vier Eisenbahnbrücken, wurden weggerissen. Außerdem wurden Gas-, Elektrizitäts- und Wasserzufuhr abgegeschnitten. Die Leitungen zerstört worden sind. Auch der Eisenbahnbetrieb ruht völlig.

Frei
Reichsmi
Trier, 19
nach der St
Donnerstag
ganzen der St
Belonung, da
gehungen für
stehenden Sta
Maukt n
uns vor
ganzer De
ihre tief
war, dem
Er hat keine
an das deutsc
nicht verloren
Personen d
ihren Arbeit
und ihm die
Kudolf
Widlung Deu
Jahren der F
treibung durc
„Benio
Deutschlands
vann Europa
brechtigste F
rages, den F
Länderbündnis
Sowjetunion,
Führer nicht
interesse der
den Deutschla
Diese Gro
Volkswirtsch
Stellungswa
unter Land t
täglichen A
ausgeschübe
Je ungehe
Kudolf Hei
wanner die i
durch Abente
wird bekreite
Schwierigkei
teilen nach de
vermögen wir
Dem fran
nung unter
Entschlossen
gewaltigen z
wings vorfich
haben. Dies
Europas, weil
nach Deutschl
erreicht am
mismus.
Das fran
wolle ebenso
wünschten nur
eher ebenso R
Führer wirk
tellen Vorkis
her Geheimsp
wären. Wolf
Wälder verjü
Wenn au
Führers begu
weniger aufri
hier gibt es
den Wäldern,
Schatt
KRONEN AD
10)
„Deinen
schoniger Er
denich. Ab
ist überhau
einen Kopf
bis um die
braucht sie
barer Sohn
Torenfen
baumte, den
aufsteigende
„Kun komm,
„Liv
„Mein G
solche Sand
wird bald, w
um sie nicht
der Großfite
Seele reden
woll anfang
einen Baum
tandst! sag
war, die lang
höher turg
Lebenswage
„Liv nich
nigste Anst
ma jedoch b
he sich nach
gemacht hat
Gröndal
auf ein neu
wurde. Ab
ausübend be
sich ist.“
„Jetzt wa
nach den an
mit er begab
Sucht.
„Zärenfen
len Ribbent
den oberen